Wahrheit • Klarheit • Offenheit

UN

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

3618 · 38. Jahrgang · November 2006

Postfach 10 17 06 · 46017 Oberhausen · UN 11/2006

Urteil gegen drei junge Deutsche jetzt rechtskräftig:

Polnische Justiz bestraft Erinnerung an die Vertreibung!

Urazili Polaków?
– Nigdy nie zamierzaliśmy obrażać jakiegokolwiek narodu – zapewniał przed sądem Robert G. To jeden z trzech oskarżonych w sprawie znieważenia narodu polskiego
JELENIA GÓRA
KATARZYNA WILK

Ende Juli 2004 wurden im niederschlesischen Bunzlau drei junge Deutsche in Haft genommen, weil sie mit einer Plakataktion Polen und die Tschechei in der EU »begrüßt« hatten. Diese Plakate sollten an Verbrechen erinnern, die bis heute ungesühnt sind.

Für die polnischen Behörden allerdings stellte der Aufruf »Mord verjährt nicht« einen »Aufruf zum Rassenhaß« dar. Am 7.4.06 erging in Hirschberg das Urteil: zehn bzw. acht Monate Haft auf drei Jahre zur Bewährung! Am 30.8.06 folgte das Urteil der Berufungsverhandlung in Breslau. Es bestätigte lediglich die Hirschberger Entscheidung, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Plakatinhalten wurde auch hier nicht vorgenommen.

Der Verteidiger der drei jungen Deutschen hat direkt nach der Urteilsverkündung angekündigt, mit diesem Fall vor den europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zu ziehen.

Der Deutsche Rechtsschutzkreis DRsK e.V., dem auch viele UN-Leser angehören, hat diese mutigen jungen Deutschen bisher mit einer Prozeßkostenhilfe von 3.000 Euro unterstützt und wird das auch weiterhin tun, falls erforderlich. Spendenkonto: DRsK e.V., Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Konto 55 212 465.

Polen & Tschechen
lich willkommen in der EU!
Unsere Justiz arbeitet bereits fleißig, denn Mord verjährt nicht
Dokumente polnischer und tschechischer Grausamkeiten an Deutschen
War das die Befreiung 1945?
Massensterben in ausländischen Vernichtungslagern

AUS DEM INHALT:

- Zum Volkstrauertag S. 2
- Ungarn: Die Vertreibung war ein Verbrechen S. 3-4
- Polen: Von Versöhnung keine Spur S. 9-10

»Wir wollen auch innig danken unseren christlichen Soldaten, jenen, die in gutem Glauben, das Rechte zu tun, ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel Herz und Hand rein bewahrt haben von Haß, Plünderung und ungerechter Gewalttat.

Gott der Herr, der Herzen und Nieren durchforscht, richtet nicht nach dem äußeren Erfolg, sondern nach der inneren Gesinnung und Gewissenhaftigkeit und wird das Gute belohnen, das Böse strafen nach Verdienst.«

Graf von Galen
Bischof von Münster
5. Juni 1945

Das offene Wort

»Die Geschichte beginnt im Herbst 1944 in einem ostpreußischen Dorfe namens Nemmersdorf, welches von der Roten Armee bei ihrem ersten Vorstoß auf deutschen Boden überrannt wurde. Als ein Gegenstoß der Wehrmacht die Roten 48 Stunden später zurückwarf, wurde sie auf das vorbereitet, was auf Deutschland zukam.

Russen waren zu Bestien geworden. Deutsche Frauen waren an Scheunentore gekreuzigt, französische Kriegsgefangene ermordet, Flüchtlinge von Panzern überfahren. Kein Zivilist wurde lebendig aufgefunden. Jedes Mädchen über acht Jahre alt und jede Frau waren vergewaltigt. (...)

Der Blutrausch von Prawdas Deutschenhasser Ilja Ehrenburg dröhnte in den Ohren der roten Truppen, als sich die Schrecken von Nemmersdorf in einem Dorf nach dem anderen wiederholten. (...)

Viehlaster und Züge, welche in Berlin eintrafen, entluden tote Kinder, Mädchen und Frauen, welche beraubt, geschlagen und vergewaltigt worden waren. (...)

Als die Verbrechen endeten, waren zwei Millionen deutsche Menschen tot. In der größten Vertreibung der Geschichte verloren 14 Millionen Deutsche ihre Heimat, welche ihre Ahnen seit Jahrhunderten bewohnten.

Die Welt weiß alles, was Deutsche begangen haben; sie weiß nichts, was man Deutschen angetan hat.

(...) Auch wenn wir die Geschichte nicht ungeschehen machen können, auch nicht die Verbrechen von 1945-46, können wir darauf bestehen, daß sie nicht für immer aus dem Gedächtnis der Menschheit verschwindet. (...)«

Pat Buchanan,
republikanischer US-Politiker,
1992 in einer seiner Zeitungskolumnen

Zum Volkstrauertag

Weil in den öffentlichen Reden zum Volkstrauertag mehr und mehr nur von den »Opfern der deutschen Gewaltherrschaft«, von sogenannten Widerstandskämpfern und Deserteuren die Rede ist, wobei man für diese Gruppen ein Mahnmal nach dem anderen errichtet, gedenken wir im November, dem Monat der Totenehrung, derer, die für uns und für das Überleben unseres Volkes leiden und ihr Leben geben mußten.

Wir gedenken

der zahllosen deutschen Soldaten, die im letzten Krieg an den verschiedensten Fronten ihr Leben ließen im Glauben an ihre Heimat und an ihr Volk.

Wir gedenken

der unzähligen Frauen, Kinder und Greise, die dem alliierten Bombenholocaust zum Opfer fielen, z.T. sogar in Feuerstürmen restlos verbrannten.

Wir gedenken

der Deutschen, die die Vertreibung aus ihrer Heimat während und nach dem Krieg nicht überlebten, die, am Straßenrand sterbend, zurückgelassen werden mußten.

Wir gedenken

der Opfer der »Befreiung« Deutschlands, die auch nach Kriegsende noch auf bestialische Weise zu Tode mißhandelt und vergewaltigt wurden.

Wir gedenken

der ungezählten deutschen Soldaten, die in alliierte Gefangenschaft gerieten und nicht mehr nach Hause zurückkehren konnten.

Wir gedenken

der europäischen Freiwilligen, die im Glauben an Europa, an die europäische Idee, ihr Leben lassen mußten.

Wir gedenken

der Opfer in den kommunistischen Sonderlagern, die, in Massengräbern verscharrt, noch heute verschwiegen werden.

Wir gedenken

der Opfer der Sieger- und Rachejustiz nach dem 8. Mai 1945.

Allen Opfern, die im offiziellen Gedenken zu kurz kommen, haben wir diese Ausgabe gewidmet!

ZUM THEMA:

»Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.«

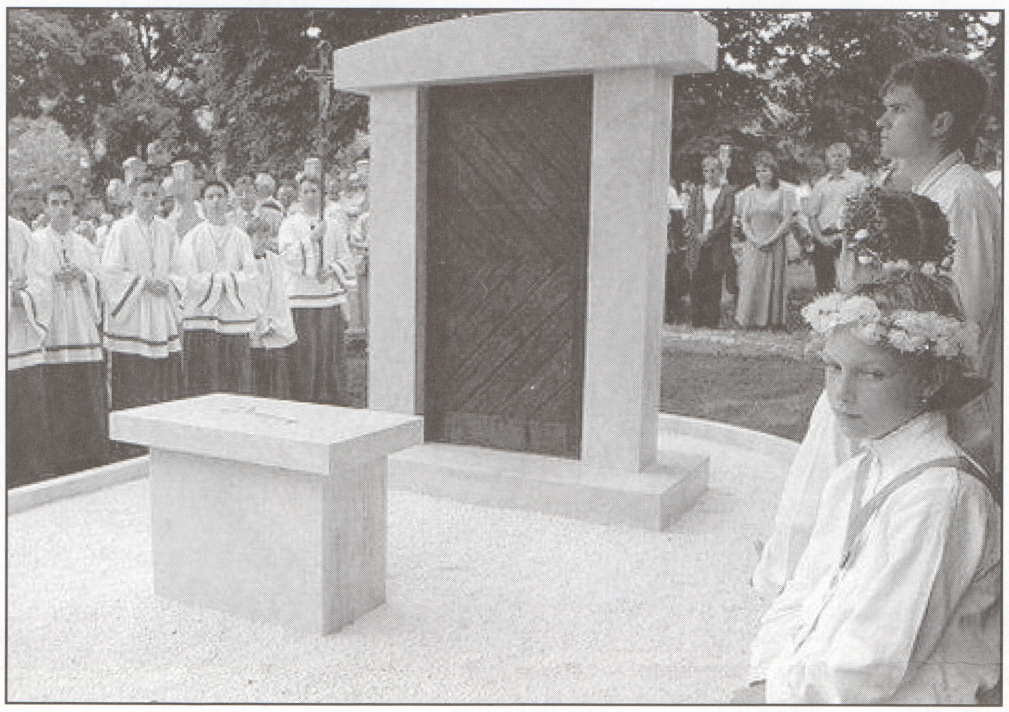
Paul Löbe (SPD), am 13.6.1950

WIR GEDENKEN UNSERER TOTEN

»Die Vertreibung war ein Verbrechen«

Ein ungarischer Fingerzeig Richtung Polen und Tschechei?

In Ungarn wurden am Ende des 2. Weltkrieges etwa 200.000 Deutsche auf brutale Art und Weise enteignet und aus ihrer Heimat vertrieben. Mehr als 60 Jahre danach, am 18. Juni 2006, wurde in Wudersch eine zentrale Gedenkstätte mit Denkmal (siehe Bild) eingeweiht, welche an das Leiden der Heimatvertriebenen erinnern soll.



Nach der Abwehr der Türken vor Wien und deren Zurückdrängung aus dem Donaubecken entstanden unter Prinz Eugen von Savoyen in den Jahren 1683 bis 1717 die ersten größeren deutschen Siedlungen im mittleren Donauraum. In den Jahren 1763 bis 1773 unter der Habsburgerin Maria Theresia wanderten die meisten deutschen Siedler ein.

Von anderen Völkern als »Schwaben« abgestempelt, kam die Bezeichnung »Donauschwaben« jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg als Folge der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Teilung der Volksgruppe auf.

Die größte Ansiedlung befand sich im ungarischen Mittelgebirge zwischen Raabfluß, Donauknie und Plattensee mit dem Hauptort Ofenpesth. Dort lebten 1941 415.000 Deutsche. In der Schwäbischen Türkei zwischen Plattensee, Donau und Drau mit dem Hauptort Fünfkirchen lebten rund 245.000, im Batscher Land zwischen Donau und Theiß mit dem Hauptort Neusatz 225.000 Deutsche.

Von den insgesamt rund 1.650.000 Donauschwaben im Südosten Europas wurden während und nach dem Zweiten Weltkrieg 350.000 ausgewiesen, 280.000 vertrieben, 175.000 ermordet und 155.000 zwangsverschleppt. Nach der Auflösung der Internierungslager siedelten seit 1950 weit über 300.000 aus.

Die 14 jugoslawischen Todeslager wurden erst 1948 geschlossen, und nach der Zwangsarbeit in der Sowjetunion fand die letzte Verschleppung von 50.000 Deutschen aus dem Banat in die rumänische Baraganssteppe von 1952 bis 1956 statt.

Von den einst 750.000 Donauschwaben in Ungarn, 550.000 in Jugoslawien und 350.000 in Rumänien leben heute noch 265.000 in der alten Heimat: 220.000 in Ungarn, 35.000 in Rumänien und 10.000 in Serbien, Kroatien und Bosnien. 800.000 haben in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden.

Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ungarn geschah auf gleiche verbrecherische Art und Weise wie in anderen Ländern auch. Einen pikanten Unterschied gab es dennoch: Sie wurden aus einem Land vertrieben, das mit dem Deutschen Reich verbündet war.

Beschlossen wurde ihre »Aussiedlung« bereits im Sommer 1943 in einer als religiöse Veranstaltung getarnten »Konferenz zu Szárszó«, wo madjarische Nationalisten gemeinsam mit Krypto-Kommunisten über einen Frontwechsel berieten.

Nun konnte man der deutschen Minderheit nach dem gemeinsam verlorenen Krieg vieles, nur nicht die Kriegserklärung Ungarns an die Sowjetunion anlasten, also mußte ein Grund für die Vertreibung gefunden werden.

Und man fand ihn! Angeblich wurden die Deutschen von den Habsburgern angesiedelt, um die Madjaren zu zwangsgermanisieren!

Um den alten Traum von der »neuen, inneren madjarischen Landnahme« Wirklichkeit werden zu lassen, mußten die Deutschen enteignet und vertrieben werden.

Auch wenn heute noch von offizieller Seite die Siegermächte, ins-

besondere die Sowjetunion, dafür verantwortlich gemacht werden, ist man in Ungarn, im Gegensatz zu anderen Vertreiberstaaten jedoch schon so weit, diese Vertreibung als Verbrechen und Schande zu bezeichnen.

Bei den Feierlichkeiten zur Einweihung der Gedenkstätte in Wudersch am 18.6.06 erschien der ungarische Staatspräsident László Sólyom nicht persönlich, schickte aber folgende Grußbotschaft an die Teilnehmer der Veranstaltung:

»Verehrte Teilnehmer an der Gedenkfeier!

Durch das heutige Gedenken wird die Menschlichkeit in ihren früheren Rechtsstatus zurückversetzt. Die Vertreibung der Ungarndeutschen ist lange tabuisiert worden. Ihre Verschleppung ab 1944, die darauffolgenden Internierungen und Aussiedlungswellen haben wir sofort nach der Wende als Serie von widerrechtlichen und ungerechten Maßnahmen verurteilt. Die Schwaben haben unschuldig gelitten. Die Ausgesiedelten haben wir entschädigt, die sie kollektiv bestrafenden Gesetze von 1945 sind vom Verfassungsgericht kassiert worden. Jetzt werden die geschichtlichen Fakten aufgedeckt. So werden die damaligen Ereignisse ins allgemeine Bewußtsein gelangen.

Die Meinung, die Vertreibung der Schwaben sei durch die von der deutschen Wehrmacht und Besatzung verursachten Kriegsleiden gerechtfertigt, war in Ungarn nie vorherrschend. Bei der Verordnung im Jahr 1945, wodurch Mitglieder des Volksbundes und Personen, die ihren ursprünglichen deutschen Familiennamen zurückverlangt hatten, als Landesverräter und Volksfeinde galten, ging es eigentlich um Bodenkonfiszierung. Das zeigt, daß die Aussiedlung vor allem wirtschaftliche Beweggründe hatte: einerseits Vermehrung des Bodenfonds zur Bodenverteilung, andererseits Unterbringung der aus den Nachbarländern geflohenen, umgesiedelten bzw. vertriebenen Madjaren. Nur verursacht eine derartige Problemlösung - worauf István Bibó schon damals hingewiesen hatte - einen moralischen Schaden, der den wirtschaftlichen Wert des geraubten Gutes weit übersteigt. Der Umstand, daß die Siegermächte im ethnisch homogenen Staat den Garanten für Stabilität sahen, entschuldigt die Schwabenvertreibung nicht; auch nicht, daß auch andere mitteleuropäische Länder die Gelegenheit zum Loswerden ihrer nationalen Minderheiten nutzen wollten, schon gar nicht, daß es ein Land gibt, das die damalige Entrechtung und Aussiedlung nationaler Minderheiten auch heute noch für rechtens und gerechtfertigt erachtet. Gerade gegen diesen (Un-)Geist, der über Menschen verfügte, als wären sie Gegenstände, der Aussiedlungsquoten und die Zahl der zu Bestrafenden im Voraus festsetzte, die Größe der in Beschlag zu nehmenden Häuser und Felder bestimmte, gerade gegen diesen (Un-)Geist müssen wir heute unser Wort erheben.

All das ist unmittelbar nach dem Krieg, als das Leben im allgemeinen und auch der einzelne Mensch keinen Wert mehr hatte, geschehen. Heute spricht man von der Renaissance der Menschenrechte nach dem Krieg – als Reaktion auf die Unmenschlichkeit des Nazismus und des Krieges. Das trifft im allgemeinen zweifellos auch zu, vermag aber das, was nach dem Krieg geschah und was sich in den fünfziger Jahren unter kommunistischer Herrschaft fortgesetzt hat, nicht zu verdecken.

Die Gesellschaft benehme sich gleichgültig gegenüber dem, was geschah und geschieht, es fehle ihr das rechte Maß, stellte István Bibó seinerzeit resigniert fest. Damit, daß wir heute ein Denkmal für die Verschleppten und Vertriebenen setzen, verlassen wir endlich die Sphäre des Unpersönlichen. Parlamentsbeschlüsse, verfassungsgerichtliche Urteile und die Verurteilung der Kollektivstrafe sind zwar wichtig, sie bringen die Dinge aber nur rechtlich wieder in Ordnung. An sich schaffen sie aber noch keinen Frieden in den Herzen. Anfang der achtziger Jahre drehte Livia Gyarmathy einen Dokumentarfilm von der Trauung eines Tschango-Jungen aus Moldawien und eines schwäbischen Mädchens aus Somberek, an der auch die vertriebene Verwandschaft aus Deutschland anwesend war. Die nach dem Krieg ausgesiedelten deutschen Familien und die bei Kriegsende angesiedelten Tschango-Familien erinnern sich im Film an ihre Geschichte, zählen das ihnen angetane Unrecht, das sie bis heute nicht vergessen konnten, auf. Nie werd' ich vergessen, wie der alte Schwabe mit zitterndem Finger vom Hügel aufs Dorf zeigt und sagt: „Das ist mein Haus". Er weiß, wer darin wohnt, wünscht ihm aber nichts Böses. Was geschehen ist, kann nicht ungeschehen gemacht werden. Sein Leben hat er schon in Deutschland verbracht – mit ewigem Heimweh im Herzen. Trotzdem – glaube ich – gibt es etwas, was wiedergutzumachen ist, wenn wir zum Persönlichen, zur Achtung des einzelnen Menschen und zur Selbstachtung zurückkehren. Diese Gedenkstätte ist ein Ort, wo man sich erinnern, über sein Schicksal nachdenken, trauern, aber auch Kraft schöpfen kann. Die Kinder einiger Klassenkameraden und Bekannten von mir haben ihren alten deutschen Familiennamen zurückerhalten. Es gibt viele davon und das ist sehr erfreulich.

Indem ich mich nun als Staatspräsident von Ungarn bei den vertriebenen Schwaben und ihren Familien für das erlittene Unrecht entschuldige, verneige ich mich vor dem Denkmal der Vertriebenen in der Hoffnung, daß die Ungarndeutschen hier wieder zuhause sein werden.

László Sólyom«

Diese Botschaft ist ein Schritt in die richtige Richtung. Solche Gesten aus den anderen Vertreiberstaaten – bis heute Fehlanzeige!

VERTREIBUNG IST EIN VERBRECHEN!

in Augsburg. Er ist als Fallschirmjäger bei den Abwehrkämpfen gegen die vorrückenden amerikanischen Streitkräfte von Holland aus Richtung Osten im Raum Münster/Westfalen mit 18 Jahren gefallen. Er war noch Oberrealschüler.

Pfeiffer, Georg, geb. 28.8.21 in Breslau, vermißt seit Februar 1945 in Schlesien.
Mein Bruder war Obergefreiter im III. Luftwaffenfeldkorps und nach seinem letzten Heimaturlaub in Breslau in einer Funkstation in Gäbersdorf bei Striegau eingesetzt. Sein letzter Brief stammt vom 11.2.45. Die Einheit soll nach Aussagen eines Kameraden per Lkw in Richtung Riesengebirge abgezogen sein. Trotz intensiver Bemühungen über das Rote Kreuz bleibt er vermißt. Entweder ist er im Kampf mit den Russen gefallen, von tschechischen Partisanen umgebracht worden oder auch in russischer Gefangenschaft umgekommen.

Liese, Hans, geb 28.6.1919 in Gelnhausen, verstorben am 3.2.1944, letzter Dienstgrad: Oberleutnant.
Nach Einberufung zum RAD wurde Hans Liese zum Wehrdienst als Pionier nach Dessau-Roßlau einberufen. Von dort aus hat er am Einsatz in Rußland teilgenommen und ist am 3.2.1944 durch Artilleriebeschuß gefallen.

Müller, Armin, geb. 27.4.1930, verst. 7.7.1945.
Mein Bruder Armin Müller verlor schon Ende 1936 die Mutter. Am 7. Juli kam er vom Spielen nicht mehr zurück. Eine gefundene Granate zerfetzte ihm bei der Explosion Hände, Kniee und eine Schulter. Nach der Behandlung im Krankenhaus wachte er aus der Narkose nicht mehr auf.

In unserem Gedenkarchiv sammelten sich in den letzten Jahren aber auch Erlebnisberichte wie der folgende:

Ostpreußen, die Tage vor dem Zweiten Weltkrieg

Ein Zeitzeugenbericht von H.-J. Rotzoll, Königsberg

Das Heeres-Artillerie Regiment 57 aus Königsberg/Preußen wurde Mitte August 1939 an die von Polen gefährdete Grenze gelegt. Wir bezogen die Bereitstellung bei Garnsee, Kr. Neidenburg/Ostpreußen. Die Stellung meiner Batterie lag in einem Maisfeld. In diesem Raum war bereits seit Wochen die Arbeit auf den Feldern zum Lebensrisiko geworden. Bis in sieben Kilometer Tiefe in ostpreußisches Reichsgebiet fielen aus Polen sengende und mordende Kavallerietrupps ein. Dieses begann bereits seit Juli 1939. Soweit das Auge reichte konnte man in den Abendstunden Rauch und Feuer sehen. Die brennenden Häuser und Dörfer wurden von polnischen Kavallerietrupps provokatorisch angesteckt. Wer sich von der Bevölkerung aus den brennenden Häusern ins Freie rettete oder das Feuer löschen wollte, wurde niedergemacht. Die deutschen Männer wurden nicht nur mit dem Säbel zerteilt oder erschossen, sondern mit dem Lasso eingefangen und in Richtung polnische Grenze zu Tode geschleift.

Um diesen Umtrieben Einhalt zu gebieten, erhielt meine Batterie am 23.8.39 den Befehl, ein Jagdkommando aufzustellen. Als Wachtmeister bekam ich das Kommando unterstellt und auch den Einsatzbefehl. Am ersten Tage des Einsatzes war unser motorisierter Stoßtrupp 1/2 Stunde zu spät in den Einsatz gekommen. Eine mordende polnische Schwadron raste bereits in Richtung der schützenden Grenze. Die Spuren waren grausam. In den Feldwegen und auf den Feldern fanden wir Leichen von deutschen Bauern. Diese waren mit Säbeln zerfetzt oder erschossen worden.

Diese Einfälle polnischer Kavallerie-Einheiten erfolgten in den Augusttagen von 1939 jede Nacht. Die leidtragenden Dörfer Ostpreußens an der Grenze zu Polen wurden alle in diesen Wochen schwer geprüft. Die polnischen Überfallkommandos wechselten ständig die Orte. Doch bereits am 26.8.39 stellte unser Kommando einen polnischen Reitertrupp in einem Zuckerrübenfeld unweit von Garnsee. In unseren MG-Garben wurde die polnische Kavallerie aufgerieben, 47 polnische Reiter waren auf reichsdeutschem Boden gefallen.

Die Hilferufe aus den gepeinigten deutschen Dörfern an der Grenze gellten trotz polnischer Gefallener durch jede Nacht, hervorgerufen durch provozierende Brände und Schießerei polnischer Kavallerietrupps. In den Grenzdörfern beweinte und beklagte man täglich Freunde und Bekannte. Die Angst ging um. Die Schrecken waren entsetzlich. Von der deutschen Grenzbevölkerung erging die Frage, wie lange wird man diesen Mordbanden ausgesetzt sein? Fast 100 Tote, reichsdeutsche Menschen, waren in diesem Raum zu beklagen.

Als unsere Einheit am 1. September 39 um 5 Uhr zum Sturmangriff überging, fanden wir jenseits der polnischen Grenze frische Gräber von deutschen Zivilisten. Auch blutige und zerfetzte Kleidungsstükke von Zivilisten lagen auf Wegen und Straßenrändern herum. Auch von polnischen Kriegsgefangenen bekamen wir die Bestätigung, daß provokatorische Angriffe auf die Zivilbevölkerung auf deutschem Reichsgebiet vor dem 1. September 39 befohlen worden sind. Die polnische Kavallerie hatte diese mordende Aufgabe für einen Weltbrand eingeleitet.

Der *Sonderdruck S1106* ist eine Leseprobe aus der 12-seitigen Monatsschrift »UN«. Kostenlose Probeexemplare erhalten Sie gegen Einsendung einer 1,45 € Rückporto-Marke an: UN, Postfach 400215, 44736 Bochum.

Nur die tägliche Erinnerung führt zur Versöhnung

Das ist die immerwährende Mahnung der Politiker und Medien in der BRD. In Schulen, in Vorträgen von Zeitzeugen, in Filmen und Fernsehserien werden wir tagtäglich über tatsächliche oder angebliche Verbrechen von Deutschen belehrt. Zahllose Verbrechen an Deutschen aber werden beharrlich verschwiegen. Warum dürfen in Schulen keine Zeitzeugen berichten, was sie z.B. 1945 in Prag erlebten? Warum gibt es keine Fernsehserien über den Massenmord an Deutschen in Prag und anderswo?

FOTO
(wenn vorhanden)

WÄHREND DES KRIEGES / DURCH VERTREIBUNG UMGEKOMMENE DEUTSCHE

FAMILIENNAME:

VORNAME:

GEBURTSDATUM / -ORT:

TODESTAG:

BEMERKUNGEN (z.B. Art, Umstände, Ort des Todes usw.):

Bitte legen Sie Belege, Fotos, Briefe bei, wenn Sie sicherstellen wollen, daß diese für kommende Generationen verwahrt werden sollen.

Angaben übermittelt von (Name und Anschrift):

Mit meiner Unterschrift bestätige ich den Wahrheitsgehalt dieser Angaben nach bestem Wissen und Gewissen. Ich bin damit einverstanden, daß Fotos und Angaben veröffentlicht werden dürfen.

❑ **JA** ❑ **NEIN** (Zutreffendes bitte ankreuzen) Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: UN • Deutsches Gedenkarchiv • Postfach 400 215 • D-44736 Bochum

AUSFÜLLEN – ABSENDEN – NACHBESTELLEN – WEITERGEBEN

Wahrheit • Klarheit • Offenheit

UN

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Sonderdruck S1106

Nur wer vergessen wird, ist wirklich tot!

Ein Volk ist soviel wert, wie es seine Toten ehrt

AN ALLE DEUTSCHEN

Mit diesem Aufruf begannen die Mitarbeiter der »Unabhängigen Nachrichten« im April 1999 mit der Einrichtung des »Deutschen Gedenkarchivs«, um das Andenken an möglichst viele Einzelschicksale unserer gefallenen und vermißten Soldaten und die auf Flucht und Vertreibung umgekommenen Deutschen für alle Zukunft zu bewahren.

Die Ehrung unserer Toten sollte für jeden Deutschen am Volkstrauertag zur Normalität gehören. Leider ist dieser Tag in den angeblich »unabhängigen«, in Wahrheit aber gleichgeschalteten Massenmedien und im Schulunterricht zu einer einseitigen Propaganda verkommen. Die nicht enden wollenden jährlichen »Betroffenheitsrituale« zu Schuld und Verbrechen von Deutschen und die Verharmlosung der deutschen Opfer des letzten Weltkrieges sollen nur eines bewirken: Die Aufrechterhaltung der Mär des einzigen Verbrechervolkes unter lauter Gerechten!

Dies ist für uns Grund genug, unseren Aufruf und die Bitte zur Mitarbeit zu erneuern. Zahllosen unschuldigen Opfern des Krieges einen Namen zu geben, sollte für uns Ansporn genug sein, die trüben Winterabende mit Arbeit zu füllen.

Einige zur Veröffentlichung bestimmte Zusendungen aus den letzten Jahren geben wir auf den nächsten Seiten wieder.

DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: M – N
DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: O – Pl
DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: Pm – Q
DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: Ra – Rg
DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: Rh – Sl
DGA Deutsches Gedenk-Archiv NAMEN: Sm – Sz
DGA Deutsches Gedenk-Archiv ORTE: Prag 1945
DGA Deutsches Gedenk-Archiv ORTE: Lamsdorf
DGA Deutsches Gedenk-Archiv ORTE: Miröschau
DGA Deutsches Gedenk-archiv ORTE: Nemmersdorf

Blick auf einige Ordner des »Deutschen Gedenkarchivs«

Die Dankesschuld

Ich trat vor ein Soldatengrab
Und sprach zur Erde tief hinab:
»Mein stiller grauer Bruder du,
Das Danken läßt uns keine Ruh`.
Ein Volk in toter Helden Schuld
Brennt tief in Dankes Ungeduld.
Daß ich die Hand noch rühren kann,
Das dank` ich dir, du stiller Mann.
Wie rühr` ich sie dir recht zum Preis?
Gib Antwort, Bruder, daß ich`s weiß!
Willst du ein Bild aus Erz und Stein?
Willst du einen grünen Heldenhain?«

Und alsobald aus Grabes Grund
Ward mir des Bruders Antwort Kund:
»Wir sanken hin für Deutschlands Glanz.
Blüh`, Deutschland, uns als Totenkranz!
Der Bruder, der den Acker pflügt,
Ist mir ein Denkmal, wohlgefügt.
Die Mutter, die ihr Kindlein hegt,
Ein Blümlein überm Grab mir pflegt.
Die Büblein schlank, die Dirnlein rank
Blühn mir als Totengärtlein Dank.
Blüh`, Deutschland, überm Grabe mein,
Jung, stark und schön als Heldenhain!«

Walter Flex (1887 - 1917)

Druck und Verlag: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

Einige Schicksale aus dem Gedenkarchiv

Brinkmann, Anna, geb. in Hitdorff/Solingen am 21.10.1859, Durch britische Bomber, die Phosphorbomben warfen, verbrannte meine geliebte Großmutter am 15. März 1945, als der Krieg fast zu Ende ging. Niemand war bei ihr.

Kneifel, Albert Paul und Klara Martha, geb. am 5.10.1897 und 19.7.1906: Bei der Vertreibung aus Weißig, Kr. Wohlau ermordet, den Vater mußten sie verblutend am Misthaufen unseres Anwesens liegenlassen, die Mutter hatten sie von hinten in den Bauch geschossen. Sie verreckte auf dem Handwagen, von meinen älteren Geschwistern gezogen. Gräber unbekannt.

Heinz Frhr. von Beaulieu Marconnay, geb. am 19.1.1896 in Velheiden/Kassel, verst. am 14.3. 1945 in Magnetogorsk/UdSSR. Oberst der Luftwaffe, Teilnehmer Weltkrieg I. als Ulanen-Leutnant, später Jagdflieger; Fluglehrer seit 1927, reaktiviert 1934 (Staffelkapitän im Jagdgeschwader »Richthofen«, Kommandeur des Stukageschwaders »Immelmann«, Ausbildungsstab der Luftwaffe). In Rumänien in russische Kriegsgefangenschaft, wo wie oben verstorben. Vater von drei Kindern, von denen zwei Söhne ebenfalls bei der Luftwaffe.

Schlootkötter, Rudolf, geb. am 18.6.21 in Hoinkhausen, Kr. Lippstadt, verst. 28.6.45, Leutnant in einem Art.-Reg., Inhaber des E.K. II.,der Ostmedaille und des silbernen Verw.-Abzeichens.
Mein Bruder Rudolf war als vorgeschobener Beobachter eingesetzt. Seine Funker hatten beim Kampf um Kiew das Funkgerät liegenlassen. Auf eigene Faust unternimmt er mit einem Haufen Infanteristen ohne Ari-Vorbereitung einen Gegenstoß, um die Funkgeräte wiederzubekommen. Dabei wird er schwer verwundet (12 Granatsplitter in der Lunge). Ein Fieseler Storch bringt ihn nach Lemberg. Von dort geht es weiter nach Ilsenburg/Harz. Nach der zweiten Rippen-Resektion stirbt er dann im Lazarett Wernigerode, nachdem er sich zuvor brieflich von allen Familienangehörigen verabschiedet hatte.

Heuer, Helmuth, geb. 7.7.1914 in Schneverdingen, gefallen am 15.3. 1945 in Wittenberge/Elbe als Feldküchen-Uffz. Nach Teilnahme am Polen- und Frankreichfeldzug anschließend in Rußland (Heeresgruppe Nord, 272. ID, Reg. 503, Kommandeur: Oberst Warrelmann). Dort Verwundung durch Granatsplitter in 1943 oder 1944 mit Verlust des linken Auges und Beschädigung des Gehörs. Deswegen Verwendung am Standort Wittenberge. Von seinem Leben »befreit« durch eine christlich-alliierte Fliegerbombe. Beigesetzt auf dem Friedhof Wittenberge. Exakter Ort nicht mehr feststellbar, da Gräber Anfang der 70er Jahre eingeebnet wurden.

Fischer, Hans-Joachim, geb. am 4.5.1902 in Büsum.
Mein Großvater war Polizeibeamter in der Schutzpolizei-Gruppe Hamburg. Letzter bekannter Dienstgrad vom 17.9.1940: Polizeimeister. Des weiteren war er Ausbilder in der Marine-HJ. Lt. Anlegung des Wehrstammblattes hat er sich am 18.6.1940 angemeldet. Es wird vermutet, daß er Ende 1940, Anfang 1941 einberufen wurde. Nicht bekannt ist, ob er in einer Polizei- oder WH-Einheit kämpfte. Tatsache ist, daß die letzten Lebenszeichen (1942/43) aus Jugoslawien kamen. Dort ist er vermutlich von perversen Partisanen ermordet worden.

Raub, Günther, geb. 30.8.1920 in Göttingen:
Leutnant im I./ JG.54 ist vom Feindflug am 19.7.41 nicht zurückgekehrt und galt als vermisst. Am 10.6.1942 wurde 2 km östlich von Wolna im Planquadrat 90712 der Bruch des Flugzeuges Bf 109 Werk-Nr. 12766 geborgen. Nahe der Absturzstelle wurde die Leiche eines Leutnants gefunden. Die Werknummer des geborgenen Flugzeuges läßt keinen Zweifel darüber offen, daß der Tote Leutnant Günther Raub ist, der am 19.7.1941 vom Feindflug nicht zurückkehrte. Der Tote wurde in Wolna 50 m nördlich der Kirche beerdigt. Anbei eine Kopie der namentlichen Verlustmeldung.

Rossmann, Heinrich, geb. am 13.4.1896 in Rauden/Ostpreußen; aus Grenadier-Ersatz- und Ausbildungsbataillon 1 in Ostpreußen als Gefreiter vermißt, am 31.12.1945 für tot erklärt. Letzte persönliche Nachricht vom Januar 1945, danach Vertreibung der Familie aus Schröttersberg/Südostpreußen und ohne weitere Nachricht. Lt. Mitteilung des DRK vom 4.1.1973 wahrscheinlich gefallen.

Mehl, Hans, geb. am 13.11.1921 in Schwabach, verstorben am 23.10.1943.
Leutnant Hans Mehl, gefallen in Rocca-Secca, Mittelitalien, wollte einen brennenden Munitions-Transport aus dem Bahnhof schleppen, als er detonierte (um die einheimische Bevölkerung zu schützen).

Henkel, Hans,geb. 6.1.27 in Eichstätt/Bay., gest. am 31.3.45.
Mein lieber Bruder war Kriegsfreiwilliger und freiwilliger Flakhelfer

Von Versöhnung keine Spur

Stattdessen erneute Verhöhnung der Opfer

Getreu dem Motto »Ach ja, da war doch mal irgendwas...« wird in den Massenmedien gelegentlich über die gewaltsame Annexion Ostdeutschlands durch Sowjets und Polen und die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie berichtet.

Jedoch über das unsägliche Leid vom Säugling bis zum Greis, die unzähligen Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen oder die Plünderung von Städten und Gemeinden wird geschwiegen.

Es darf aber nicht sein, daß Verbrechen an Deutschen (heute nur noch als Vergehen bezeichnet) unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung der Vergangenheit angehören und möglichst vergessen werden sollen, während seit über sechzig Jahren ohne Unterlaß ständig von deutschen Greueltaten berichtet wird.

Daher sorgte am 10. August d.J. die Eröffnung der vom Bund der Vertriebenen organisierten Ausstellung »Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts« im Berliner Kronprinzenpalais für heftigen Wirbel. Polnische Chauvinisten protestierten mit rot-weißen Fahnen und verlangten gemeinsam mit »deutschen« Störern »Geschichtsrevisionismus angreifen statt ausstellen«.

Die Ausstellung zeigte bis Ende Oktober anhand von 280 Objekten aus 14 Nationen Vertreibungsschicksale des 20. Jahrhunderts, darunter auch die Flucht und Deportation von 15 Millionen Deutschen.

Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski verurteilte die Austellung mit den Worten: *»Wir haben es hier mit einer sehr schlechten, sehr irritierenden und sehr traurigen Angelegenheit zu tun.«*

Ins gleiche Horn stieß in den folgenden Tagen die polnische Presse. Ein UN-Leser übersetzte für uns einen dieser Artikel aus der »Nasz Dziennik« (Unsere Zeitung) vom 11.8.2006, den wir zur Dokumentation wiedergeben (den Originalwortlaut können sprachkundige Leser bei uns anfordern: UN-Archiv 11069):

»Propaganda-Ausstellung der Vertriebenen eröffnet

Gestern, um 18 Uhr fand im Kronprinzenpalais in Berlin die offizielle Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege" statt, die die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umlügen und auslöschen soll. Zu Beginn der Eröffnungsfeierlichkeiten hatte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Hauptorganisatorin dieser Ausstellung, Erika Steinbach, das Wort. In ihrer Ansprache versuchte sie, der Ausstellung einen „europäischen Rahmen" zu geben, um die von ihr vertretene These glaubhaft zu machen, von der sie glaubt, daß diese ein wichtiges Unterfangen sei. Entgegen einer früheren Ankündigung fehlt in der Ausstellung der „Deutsch-Polnische Vertrag" aus dem Jahre 1990, in welchem Berlin den Verzicht auf seine ehemaligen Gebiete erklärte, obwohl sie mehr als 300 verschiedene Ausstellungsobjekte „aus ganz Europa" umfaßt, die auf 600 qm des Museums verteilt sind.

Man könnte den Eindruck gewinnen, daß Erika Steinbach in ihrer Eröffnungsansprache versuchte, die verschiedenen Schicksale der Kriegsopfer auf eine gemeinsame Ebene zu stellen, unabhängig davon, ob diese nun aus den überfallenen Ländern stammten oder eben aus den Ländern der Aggressoren. „Ihre" eigene Ausstellung lobend, sagte sie, (...) „viele Geschehnisse, die im Europa des 20. Jahrhunderts stattgefunden haben, wären in Deutschland und in Europa noch nie ans Tageslicht gekommen, wenn es diese Ausstellung nicht geben würde".

(...) Der Chef des deutschen Parlaments belehrte uns, daß man „um Flüchtlingsströme, Deportationen und Umsiedlungen zu verhüten, erst einmal die Geschichte aufarbeiten müsse!" Er betonte, daß man nicht nur über die tragischen Schicksale der Vertriebenen sprechen kann, sondern auch muß, aber gleichwohl sollte man dies nicht alleine tun, sondern gemeinsam mit den Nachbarn.

Als gelungenes Beispiel einer solchen guten Zusammenarbeit nannte er die deutsch-französischen Beziehungen, die er als Beispiel für die deutsch-polnischen Beziehungen hinstellte. Lammert teilte gut hörbar mit, daß die deutsche Bundesregierung die Tätigkeiten des Bundes der Vertriebenen immer positiver bewerte, und er gab klar zu verstehen, daß ein „deutlich sichtbares Zeichen" immer wahrscheinlicher werde. Dies ist umso bedeutender, als die Ansprache Lammerts kein Zeichen der Distanz (...) an der Initiative der Steinbach zeigte – so wie dies noch die früheren deutschen Bundesregierungen immer auszeichnete.

Die Chefin der Vertriebenenverbände selbst gab mehrere Male klar ihrer starken Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Bundesregierung schon in Kürze ihr Bemühen um den Bau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin unterstützen werde. Die Ausstellung wurde vom Fonds des „Zentrums gegen Vertreibungen" sehr hinterlistig projektiert.

Sie zeigt nämlich die Umsiedlungen aus vielen verschiedenen Teilen Europas – dies aber jedoch überhaupt nicht „proportional". Im ersten Saal der Ausstellung sind rundherum an den Wänden Vitrinen angebracht, die die Vertrei-

bung von Menschen verschiedener Nationalitäten beschreiben. Drei Schaukästen wurden den Armeniern und dem Völkermord gewidmet, der an ihnen von der türkischen Armee in den Jahren 1915 – 1916 vollbracht wurde. Die nächsten beiden Schaukästen beschreiben den türkisch-griechischen Krieg von 1923. Die Judenfrage wird in den nächsten drei Schautafeln bildlich dargestellt. Der Angelegenheit der Vertreibungen der Polen während des Zweiten Weltkrieges widmeten die Ausstellungsmacher insgesamt drei Vitrinen. In ihnen wird das Schicksal der Polen nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes gezeigt, beschrieben wird die Frage des Überfalls auf Polen sowie die Vertreibung der polnischen Staatsangehörigen z.B. aus dem Gebiet um Zamosc. Im weiteren Verlauf der Ausstellung wird mehr oder weniger gleich viel Raum den Italienern, den Zyprern sowie dem türkisch-zyprischen Krieg gewidmet. In den beiden letzten Vitrinen wird der Krieg in Jugoslawien und die damit verbundenen Aussiedlungen beschrieben. Hingegen gibt es dann ganze zwei Säle mit vielen Exponaten und Bildern, die die Vertreibung der Deutschen sowie das Leid der Ausgesiedelten dokumentieren.

In der Ausstellung zieht ein Exponat eine besondere Aufmerksamkeit auf sich: im Saal Nr. 3 (der zum großen Teil die Vertreibung der Deutschen behandelt) ist als Ausstellungsobjekt das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes vom 18. Dezember 1996 ausgestellt, in dem das Gericht einer Frau mit Namen Louizi das Recht auf Entschädigung zugesteht (vollständige Rückgabe des Eigentums). Die Frau schickte eine Anzeige an das Gericht, klagte den türkischen Staat an, und gewann den Prozeß. Man kann sich eigentlich nur wundern, mit welchem Ziel in einer Ausstellung, die die Vertreibung behandelt, man eben dieses Urteil zur Schau stellt, weil doch offiziell Erika Steinbach und der Bund der Vertriebenen (BdV) sich von den Besitzanspruchs-Forderung der Preußischen Treuhand distanzieren. Ach, vielleicht sollte das in dieser Ausstellung ausgestellte Urteil des Europäischen Gerichtshofes einen „untypischen Wegweiser" darstellen, wie man und wo man sein Recht auf die verlorenen Besitztümer einfordern kann? Aber das sind ja nur Spekulationen.

Trotzdem gab sich Steinbach – indem sie auf eine diesbezügliche Frage der Journalisten antwortete – überzeugt, daß auch die Polen zufriedengestellt wären, da ihre Ausstellung zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Aussiedlung der Polen während des Zweiten Weltkrieges zeigt.

Bereits zu Beginn der Ansprache der Chefin des BdV wurde sie durch Zwischenrufe von Gegnern ihres Projekts unterbrochen, die sich vor dem Kronprinzenpalais (dem Palast des Thronfolgers) versammelt hatten, um gegen ihre Versuche zu protestieren, die Geschichte umzulügen. Vor dem Gebäude stand seit dem Morgen eine Gruppe junger Polen und Deutscher mit Transparenten, auf denen polnische und deutsche Aufschriften zu lesen waren, die vor einem Geschichts-Relativismus – besonders den Zweiten Weltkrieg betreffend – warnen.

Leider fiel die Erklärung Steinbachs bei vielen ausländischen Journalisten auf Verständnis. Viele von ihnen meinen, es sei nun schwer, sie zu kritisieren und es wäre für sie nun viel leichter, das „Zentrum gegen Vertreibungen" auch zu eröffnen. Solche Kommentare werden wir ganz sicher schon in den heute erscheinenden ausländischen Zeitungen lesen können. Wenn die Mehrzahl der Besucher, der Journalisten und der Vertreter der deutschen Regierung diese Ausstellung positiv bewerten werden, wird das ein Zeichen dafür sein, daß der Bund der Vertriebenen (BdV) auch das o.k. der Bundesregierung für die Errichtung des Zentrums erhalten wird, von dem schon niemand mehr bezweifelt, daß diese Sache die „vertriebenen" Deutschen betreffen wird. Derzeit sind die Presse-Stimmen noch geteilter Meinung, ein Teil der Medien lobt Steinbach, ein anderer Teil rügt sie für das nicht rechtmäßige Gleichsetzen des Schicksals der Deutschen mit dem Schicksal z.B. der Juden. Die neueste Nummer der Zeitung „Die Zeit" meint, daß die Ausstellung der Steinbach die deutsch-polnischen Beziehungen verkompliziere. „Es ist schade, daß so viele Personen dabei helfen, diesem Projekt Rechtskraft zu verleihen, das niemals ‚europäisch' war und das niemals ein gemeinsames deutsch-polnisches Projekt war", schrieb deren Autor Günther Hoffmann.

Die einige Dutzend Personen umfassende Gruppe der „Allpolnischen Jugend" mit den weiß-roten Flaggen protestierte vor dem Gebäude des Museums gegen Versuche der Erika Steinbach, die Geschichte umzulügen.

Zwanzig Meter weiter zeigte sich eine weitere, gänzlich andere Gruppe – eine einige Personen umfassende Landsmannschafts-Gruppe von ehemaligen deutschen Bewohnern der Stadt Danzig. Auf den Transparenten hatten sie revisionistische Parolen geschrieben, mit denen sie gegen eine „60jährige Okkupation Danzigs durch den polnischen Staat" protestierten.

Waldemar Maszewski, Berlin«

Ganz abgesehen von den unwahren Behauptungen und Lügen der polnischen Scharfmacherpresse stellt dieser Artikel eine weitere Verhöhung der Opfer des polnischen Vertreibungsterrors dar. Am 21.9.03 hetzte die polnische Wochenzeitschrift »Wprost« – mit deutscher Unterstützung – gegen das geplante »Zentrum gegen Vertreibungen«. Im zugehörigen Artikel der Wochenzeitschrift wird angekündigt, Deutschland werde »die Rechnung für den Vernichtungskrieg« präsentiert. Die »Rechnung« selbst wurde bereits auf dem Titel präsentiert: »Die Deutschen schulden den Polen eine Billion Dollar für den Zweiten Weltkrieg«. (siehe UN 11/2003).

Internationale Regelungen und Abkommen

»Sie wünschen, daß keine territorialen Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.

Sie achten das Recht aller Völker, sich diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen; und sie wünschen, daß Souveränitätsrechte und Selbstregierung denen zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entrissen worden sind.«

Punkte 2 und 3 der Atlantik-Charta vom 14.8.1941

»Die drei Regierungsschefs geben erneut ihrer Ansicht Ausdruck, daß die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens einer Regelung in den Friedensverträgen vorbehalten bleiben soll«

aus dem Kommuniqué über die Dreierkonferenz von Potsdam, 17.7.-2.8.1945

»Keine gesetzliche Verjährung findet auf folgende Verbrechen Anwendung, ungeachtet des Zeitpunktes ihrer Begehung: (...) Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Besetzung (...) das Verbrechen des Völkermordes ...«

aus der UN-Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, 26.11.1968

»Die UNO ist eine Organisation, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschaffen wurde. Sie ist somit selbst ein Ausdruck der politischen Veränderungen (...) und nicht geschaffen worden, um diese wieder umzukehren.«

Informationsdienst der Vereinten Nationen in Wien, 9.11.1990

Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochtone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.«

Artikel 6 der Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17.4.1998

Unheimlich ist die Kraft der Toten.

Man kann sie verdammen, man kann sich vermessen, die eigenen Toten sogar zu vergessen.

Doch einmal in der Zeiten Lauf, stehen die Toten in Euren Kindern auf!

Ward Hermanns, 1946

Liebe Leser, ganz privat:

Die Oktober-Ausgabe UN 10/2006 hat selbst bei vielen politisch wachen UN-Beziehern für Erschütterung gesorgt.

Sie war dem politischen, sozialen und finanziellen Niedergang dieser Bundesrepublik gewidmet, der bei gleichbleibender Politik nur in einem Bankrott des Staates und in einer Katastrophe für unser Volk enden kann.

Der Niedergang beschränkt sich aber nicht nur auf diese Bereiche, er umfaßt auch den Verfall der Kultur, der Sprache und aller einstigen Ehr- und Wertvorstellungen.

Beispiele dafür erleben wir jedes Jahr am Volkstrauertag, der von Jahr zu Jahr mehr in vielen Sonntagsreden nicht dem Gedenken der für unser Volk Gefallenen gewidmet wird, sondern den Widerständlern, Deserteuren und bestimmten Opfergruppen, die in den Bewältigungs-Ritualen der sogenannten »Erinnerungsarbeit« geehrt werden.

Die UN 11/2006 soll dazu dienen, daß Sie, liebe UN-Leser, die umerzogenen Mitmenschen um uns herum zum Nachdenken über den Sinn des Volkstrauertages anregen können.

Drücken Sie denen einfach diese Ausgabe in die Hand.

Ihre UN-Mitarbeiter

UN-Bestell-Telefon (0208) 84 01 32

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen
Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:
http://www.un-nachrichten.de
http://www.un-archiv.de

Impressum:
Herausgeber:
Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:
Annette Kruse (verantw.), Torsten Schmidt, Armin Feldberg, Martin Voigt

Kein gewerbliches Unternehmen.

- Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich
- Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme
- Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

IM FREUNDESKREIS

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Erwerbstätige:
September 2005: 39,050 Millionen [1]
September 2006: 39,497 Millionen [1]

Offizielle Arbeitslosigkeit:
September 2006: 4.237.398 [1]
Oktober 2006: 4.084.508 [1]

Versteckte Arbeitslosigkeit:
Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik
September 2006: 1.536.678 [1]
Oktober 2006: 1.618.439 [1]

Arbeitssuchende:
September 2006: 5.579.603 [1]
Oktober 2006: 5.532.289 [1]

Offene Stellen:
September 2006: 620.628 [1]
Oktober 2006: 626.126 [1]

Staatsverschuldung:
1.533.928.659.923 Euro [2]

Schuldenzuwachs pro Sekunde:
2.113 Euro [2]

Schulden pro Kopf:
22.10.2006: 18.559 [2]
7.11.2006: 18.593 [2]

[1] *Bundesagentur für Arbeit, 7.11.2006*
[2] *www.steuerzahler.de, 7.11.2006*

Nachbarn: Kritik am Zentrum gegen Vertreibung

Tschechische Spitzenpolitiker sehen mit dem Projekt das deutsch-tschechische Verhältnis gefährdet

Knapp eine Woche vor der Vertrauensabstimmung im tschechischen Parlament haben sich mehrere tschechische Spitzenpolitiker gegen das Zentrum gegen Vertreibung in Berlin ausgesprochen.

Den Stein ins Rollen brachte der neue Außenminister Alexandr Vondra, der nur einen Tag nach seiner Amtseinführung vor die Presse ging und in einem Zeitungsinterview verlautbarte, daß beides (gemeint ist das Zentrum und die Ausstellung »Erzwungene Wege«) keine Schritte seien, »um die internationale Atmosphäre bedeutend zu verbessern«.

Ähnlich argumentierte Premier Mirek Topolánek (ODS) vergangene Woche. Das Projekt sei kontraproduktiv und schlecht für die Atmosphäre in Mitteleuropa, so sein Kommentar.

Prager Zeitung, 27.9.2006

Ex-Parlamentspräsident wegen Vertreibung verurteilt

Belgrad/Den Haag. 27 Jahre Haft wegen Mord und Vertreibung: So lautete das Urteil des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gegen den ehemaligen bosnisch-serbischen Parlamentspräsidenten Momcilo Krajisnik. Das Tribunal befand gestern, Mittwoch, den 61-jährigen in den Punkten Mord sowie Vertreibung und Verfolgung der muslimischen und kroatischen Bevölkerung in Bosnien für schuldig. Vom Vorwurf des Völkermords wurde Krajisnik allerdings freigesprochen. Die Anklage hatte lebenslange Haft gefordert. Krajisnik werde berufen, sagte sein Bruder Mirko vor Journalisten.

Der bosnische Serbe galt als rechte Hand des Ex-Präsidenten der bosnischen Serbenrepublik, Radovan Karadzic, und war einer der ranghöchsten Angeklagten des Tribunals in Den Haag. Karadzic, ebenfalls wegen Kriegsverbrechen gesucht, ist – wie sein ehemaliger Armeechef Ratko Mladic – nach wie vor auf der Flucht.

Wiener Zeitung, 28.9.2006

Ost-Pommern, Westpreußen, Ost-Brandenburg, West-Posen, Ost-Sachsen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland: Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

☐ *Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1.- Euro je Exemplar).*

☐ *Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 € Rückporto liegen in Briefmarken bei.*

☐ *Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr._____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).*

☐ *Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck - in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.*

Name/Anschrift: _____

_____

Geb. am/Beruf: _____ *Telefon:* _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herrn/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

o *monatlich* o *vierteljährlich*
o *halbjährlich* o *jährlich*
o *einmalig* *ab:* _____

Betrag: _____ *Euro*

Meine Bank/Sparkasse:

_____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift:

UN-Adreßnr.: _____

DAS LETZTE